

**56. Regionalkonferenz  
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder  
am 25.-26.03.2026 in Berlin**

## **Beschluss**

### **TOP 7      Angemessene Beteiligung an der Verteilung des Sondervermögens**

1. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen die rasche und unbürokratische Umsetzung des den Ländern zustehenden Anteils aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität durch den Bund. Sie weisen darüber hinaus darauf hin, dass der Investitionsbedarf von Ländern und Kommunen das im Rahmen des LuKIFG den Ländern zur Verfügung gestellte Finanzvolumen weit übersteigt.
  
2. Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung sind in Ostdeutschland - trotz der bis heute bereits erzielten Fortschritte - weiterhin größere Herausforderungen zu bewältigen. Die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands bleibt weiterhin hinter der in den westdeutschen Ländern zurück. Deutlich weniger junge Menschen leben in Ostdeutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse werden nur erreicht, wenn diese Lücken durch eine faire Beteiligung an öffentlichen Angeboten, bspw. im Bereich Infrastruktur, Digitalisierung, oder Forschung, geschlossen wird. Nur so ist es möglich, dass trotz ungünstiger Ausgangsbedingungen in Ostdeutschland eine Annäherung an westdeutsche Verhältnisse bei Demografie und Wirtschaftskraft erreicht wird. Das Sondervermögen bietet die Möglichkeit, einen deutlichen Beitrag zum Erreichen des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse zu leisten.
  
3. Vor diesem Hintergrund gehen die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder davon aus, dass die Nachholbedarfe der ostdeutschen Länder und Kommunen bei der Verwendung des maßgeblichen Teils der weiteren 400 Mrd. Euro des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (300 Mrd. Euro Bundessäule und 100 Mrd. Euro Klima- und Transformationsfonds) hinreichend

Berücksichtigung finden und fordern eine angemessene Beteiligung Ostdeutschlands, die mindestens die Bevölkerungsanteile zwischen Ost und West widerspiegelt.

4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten die Bundesregierung, Transparenz hinsichtlich der beabsichtigten Verteilung der Mittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität herzustellen und in ihrem Berichtswesen zum Einsatz der Mittel die länderscharfe Verteilung auszuweisen.